

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1973

Ausgegeben am 27. April 1973

43. Stück

- 187.** Verordnung: Zulassung von Eintrittstellen für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde
- 188.** Verordnung: Zuweisung der Dienstbeurteilung für Beamte bestimmter Dienststellen an die Dienstbeurteilungskommission anderer Dienststellen im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
- 189.** Verordnung: Zuweisung von Disziplinarsachen bestimmter Dienststellen an die Disziplinarkommissionen 1. Instanz anderer Dienststellen im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
- 190.** Verordnung: Festsetzung der Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für den Justizwachdienst
- 191.** Kundmachung: Aufhebung von Bestimmungen der Verordnung zur Durchführung des Feuerstutzsteuergesetzes durch den Verfassungsgerichtshof
- 192.** Kundmachung: Aufhebung von Bestimmungen des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1965 durch den Verfassungsgerichtshof
- 193.** Kundmachung: Genehmigung der Europäischen Sozialcharta durch Frankreich
- 194.** Ungültigerklärung von Originalzeugnissen der Internationalen Kaffee-Organisation
- 195.** Übereinkommen zwischen dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und dem Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße

187. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 19. März 1973 über die Zulassung von Eintrittstellen für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde

Auf Grund des § 5 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 5. April 1962, BGBl. Nr. 115, über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr sowie für Handel, Gewerbe und Industrie verordnet:

Artikel I

Als weitere Eintrittstellen für die Ein- und Durchfuhr von Nadelholz mit Rinde werden zugelassen:

gegenüber

Bundesrepublik Deutschland:

- Angerhäuser (Straße)
- Achleiten (Straße)
- Mariahilf (Straße)
- Obernberg a. Inn (Straße)
- Simbach/Inn (Bahn)
- Oberndorf (Straße)
- Saalbrücke (Straße)
- Schwarzbach-Bundesstraße (Straße)

- Kössen (Straße)
- Wildbichl (Straße)
- Niederndorf (Straße)
- Kiefersfelden-Autobahn (Straße)
- Ursprung (Straße)
- Scharnitz (Bahn)
- Ehrwaldschanz (Straße)
- Schönbichl (Straße)
- Balderschwang (Straße)
- Springen in Aach (Straße)

Schweiz:

- Lustenau (Straße)
- Feldkirch-Nofels (Straße)
- Martinsbruck (Straße)
- Schalkhof (Straße)

Liechtenstein:

- Feldkirch-Nofels (Straße)

Jugoslawien:

- Grablach (Straße)

Ungarn:

- Heiligenkreuz (Straße)
- Sopron-Raaberbahnhof (Bahn)

ČSSR:

- Drasenhofen (Straße)
- Grametten (Straße)
- Neunagelberg (Straße)

Artikel II

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten die Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 12. Dezember 1969, BGBl. Nr. 23/1970, vom 20. Oktober 1970, BGBl. Nr. 332, vom 6. Juli 1971, BGBl. Nr. 298, und vom 5. April 1972, BGBl. Nr. 154, außer Kraft.

Weihs

188. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 31. März 1973 über die Zuweisung der Dienstbeurteilung für Beamte bestimmter Dienststellen an die Dienstbeurteilungskommission anderer Dienststellen im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Auf Grund des § 15 Abs. 5 der Dienstpragmatik, RGBl. Nr. 15/1914, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 148/1969 wird verordnet:

§ 1. Der bei der Universität Wien errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen:

Hochschule für Welthandel,
Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Linz,
Akademie der bildenden Künste Wien,
Hochschule für angewandte Kunst Wien,
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,
Hochschuldokumentation Wien,
Studienbeihilfenbehörde.

Überdies die Dienstbeurteilung der Beamten an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie an folgenden Instituten:

Ost-Südost-Europa-Institut Wien,
Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen,
Österreichisches Archäologisches Institut,
Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

§ 2. Der bei der Universität Graz errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen.

Hochschule für Bildungswissenschaften Klagenfurt,
Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz.

§ 3. Der bei der Universität Innsbruck errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen:

Universität Salzburg,
Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ Salzburg.

§ 4. Der bei der Technischen Hochschule Graz errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der Montanistischen Hochschule Leoben, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen.

§ 5. Der beim Kunsthistorischen Museum in Wien errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen:

Graphische Sammlung Albertina in Wien,
Österreichische Galerie in Wien,
Österreichisches Museum für angewandte Kunst in Wien,
Museum des 20. Jahrhunderts in Wien,
Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie.

§ 6. Der beim Naturhistorischen Museum in Wien errichteten Dienstbeurteilungskommission wird die Dienstbeurteilung der Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen, soweit sie nicht unter § 15 Abs. 7 oder 8 der Dienstpragmatik fallen, zugewiesen:

Österreichisches Museum für Volkskunde in Wien,
Museum für Völkerkunde in Wien.

§ 7. Die Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 28. November 1969, BGBl. Nr. 17/1970, tritt für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung außer Kraft.

Firnberg

189. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 31. März 1973 über die Zuweisung von Disziplinarsachen bestimmter Dienststellen an die Disziplinarkommissionen 1. Instanz anderer Dienststellen im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Auf Grund des § 100 Abs. 2 der Dienstpragmatik, RGBl. Nr. 15/1914, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 148/1969 wird verordnet:

§ 1. Der bei der Universität Wien errichteten Disziplinarkommission 1. Instanz werden die Disziplinarsachen der unter § 102 Abs. 1 lit. a der Dienstpragmatik fallenden Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen zugewiesen:

Technische Hochschule Wien,
Tierärztliche Hochschule Wien,
Hochschule für Bodenkultur Wien,
Hochschule für Welthandel Wien,
Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Linz,
Universitätsbibliothek Wien und Bibliotheken an den vorgenannten Hochschulen,
Österreichische Nationalbibliothek Wien,
Bundesstaatliche Studienbibliothek Linz,
Österreichische Phonothek,
Hochschuldokumentation Wien,
Studienbeihilfenbehörde,
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik Wien,
Geologische Bundesanstalt Wien,
Akademie der bildenden Künste Wien,
Hochschule für angewandte Kunst Wien,
Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien,
Museen,
Bundesdenkmalamt,
Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie Wien.

Überdies die Disziplinarsachen der Beamten an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Wien sowie an folgenden Instituten:

Ost-Südost-Europa-Institut Wien,
Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen,
Österreichisches Archäologisches Institut,
Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

§ 2. Der bei der Universität Graz errichteten Disziplinarkommission 1. Instanz werden die Disziplinarsachen der unter § 102 Abs. 1 lit. a der Dienstpragmatik fallenden Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen zugewiesen:

Technische Hochschule Graz,
Montanistische Hochschule Leoben,
Hochschule für Bildungswissenschaften Klagenfurt,
Universitätsbibliothek Graz und Bibliotheken an den vorgenannten Hochschulen,
Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz.

§ 3. Der bei der Universität Innsbruck errichteten Disziplinarkommission 1. Instanz werden die Disziplinarsachen der unter § 102 Abs. 1 lit. a der Dienstpragmatik fallenden Beamten der nachstehend angeführten Dienststellen zugewiesen:

Universität Salzburg,
Universitätsbibliotheken Innsbruck und Salzburg,

Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg.

§ 4. Die Verordnung des Bundesministers für Unterricht vom 28. November 1969, BGBl. Nr. 18/1970, tritt für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung außer Kraft.

Firnberg

1990. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 9. April 1973 über die Festsetzung der Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für den Justizwachdienst

Auf Grund des § 16 a und des § 20 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, wird mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen verordnet:

§ 1. Den unter § 1 der Verordnung der Bundesregierung vom 20. November 1972, BGBl. Nr. 428, fallenden Beamten im Justizwachdienst und Jugenderziehern an Justizanstalten sowie den Beamten des Dienstzweiges Höherer Dienst in Justizanstalten, soweit sie im Vollzugsverwaltungsdienst stehen, gebührt eine monatliche Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan und eine pauschalierte monatliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der §§ 2 und 3.

§ 2. (1) Die Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan beträgt:

1. für Beamte des Dienstzweiges Höherer Dienst in Justizanstalten 6'01 v. H.
2. für Beamte der Verwendungsgruppe W 1 6'01 v. H.
3. für Beamte der Verwendungsgruppe W 2 5'07 v. H.
4. für Beamte der Verwendungsgruppe W 3, soweit sie nicht unter Z. 5 fallen 4'81 v. H.

5. für in theoretischer Ausbildung stehende provisorische Beamte der Verwendungsgruppe W 3 .. 1'40 v. H. des Gehaltes (einschließlich allfälliger Teuerungszulagen) der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V der Beamten der Allgemeinen Verwaltung.

(2) In theoretischer Ausbildung stehen jene Beamten,

- a) die den Einführungslehrgang an der Justizwachschule besuchen oder die unmittelbar zur Dienstleistung in eine Vollzugsanstalt einberufen werden, bis zum Zeitpunkt, zu dem sie voll in den Dienstbetrieb eingegliedert

dert sind und Nachtdienst verrichten können, mindestens aber bis drei Monate nach Dienstantritt;

b) die den Lehrgang zur Vorbereitung auf die Dienstprüfung an der Justizwachschule besuchen.

§ 3. Die pauschalierte Aufwandsentschädigung beträgt:

1. für die im § 2 Z. 1 und 2 genannten Beamten S 260'—
2. für die im § 2 Z. 3 und 4 genannten Beamten S 290'—
3. für die im § 2 Z. 5 genannten Beamten S 120'—

§ 4. Diese Verordnung tritt mit 1. Dezember 1972 in Kraft und mit Ablauf des 30. April 1973 außer Kraft.

Broda

191. Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 6. April 1973 über die Aufhebung der Z. 2 im § 6 Abs. 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 2. April 1948, BGBl. Nr. 78, durch den Verfassungsgerichtshof

Gemäß Art. 139 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 15. März 1973, Zl. V 51/52-12, die Z. 2 im § 6 Abs. 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 2. April 1948, BGBl. Nr. 78, zur Durchführung des Feuer-schutzsteuergesetzes, als gesetzwidrig aufgehoben.

(2) Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. August 1973 in Kraft.

Androsch

192. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 11. April 1973 über die Aufhebung des § 16 (einschließlich der Überschrift) des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1965 (Anlage zur Kundmachung der Bundesregierung vom 17. November 1964, BGBl. Nr. 2/1965, über die Wiederverlautbarung des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1952) durch den Verfassungsgerichtshof

Gemäß Art. 140 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und gemäß den §§ 64 und 65 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 6. März 1973, G 44/72-11, den § 16 (einschließlich der Überschrift) des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1965 (Anlage zur Kundmachung der Bundesregierung vom 17. November 1964, BGBl. Nr. 2/1965, über die Wiederverlautbarung des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1952) als verfassungswidrig aufgehoben.

(2) Frühere gesetzliche Bestimmungen treten nicht wieder in Kraft.

Kreisky

193. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 11. April 1973 betreffend die Genehmigung der Europäischen Sozialcharta durch Frankreich

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Frankreich am 9. März 1973 seine Genehmigungsurkunde zur Europäischen Sozialcharta, BGBl. Nr. 460/1970, hinterlegt und dabei nachstehende Erklärungen abgegeben und Vorbehalte erklärt:

Gemäß Artikel 20 Absatz 1 literae b und c der Charta betrachtet sich Frankreich durch die in den nachstehenden Artikeln enthaltenen Verpflichtungen gebunden:

Artikel 1	Artikel 8	Artikel 15
Artikel 3	Artikel 9	Artikel 16
Artikel 4	Artikel 10	Artikel 17
Artikel 5	Artikel 11	Artikel 18
Artikel 6	Artikel 12	Artikel 19
Artikel 7	Artikel 14	

Die Absätze nachstehender Artikel betrachtet Frankreich als verpflichtend:

- Artikel 2 Absätze 1, 2, 3 und 5
- Artikel 13 Absätze 1, 3 und 4

Die Bestimmungen des Artikels 2 Absatz 4 und des Artikels 13 Absatz 2 werden von Frankreich nicht angenommen.

Zu Artikel 12 Absatz 4 litera a hat Frankreich eine interpretative Erklärung abgegeben, die dahingehend lautet, daß die gemäß den Bestimmungen des Artikels L 519 des französischen Kodex der Sozialen Sicherheit gewährte Mutterschaftsbeihilfe nicht unter die Leistungsansprüche nach den Bestimmungen des Artikels 12 Absatz 4 litera a der Charta fallen.

Die Charta ist für Frankreich am 8. April 1973 in Kraft getreten.

Kreisky

194.

(Übersetzung)

**INTERNATIONAL COFFEE
ORGANIZATION**Executive Director
22 Berners Street
London, EnglandED Controls 45/73 (E)
1 March 1973
Original: English**CANCELLATION OF THE VALIDITY OF
ORIGINAL CERTIFICATES REPORTED TO
HAVE BEEN LOST DURING THE MONTH
OF FEBRUARY 1973**

The Executive Director presents his compliments and in accordance with the procedure established in document ED Controls 28/72 invites the attention of Members to the attached list of original Certificates reported to have been lost in the month of February 1973.

2. Members are requested to inform their Customs authorities and Certifying Agencies that the validity of the Certificates listed has been cancelled and that, therefore, they must not be accepted for importing coffee, for crediting to transit stamp accounts or for splitting.

**INTERNATIONALE KAFFEE-
ORGANISATION**Exekutivdirektor
22, Berners Street
London, EnglandED Controls 45/73
1. März 1973
Original: Englisch**UNGÜLTIGERKLÄRUNG VON ORIGINAL-
ZEUGNISSEN, DIE ALS IM MONAT FEBER
1973 IN VERLUST GERATEN GEMELDET
WURDEN**

Der Exekutivdirektor empfiehlt sich den Mitgliedern und ersucht gemäß der im Dokument ED-Controls 28/72 festgelegten Vorgangsweise um Beachtung der angeschlossenen Liste über Originalzeugnisse, die als im Monat Feber 1973 in Verlust geraten gemeldet wurden.

2. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Zollbehörden und ausstellenden Stellen dahingehend zu informieren, daß die Gültigkeit der angeführten Zeugnisse aufgehoben wurde und diese daher für den Import von Kaffee, für die Gutschreibung auf ein Transitmarkenkonto oder zur Ausstellung von Teilzeugnissen nicht angenommen werden dürfen.

Cancelled Certificates of origin

February 1973

Issuing country	Certificate number	Date of issue	Type of coffee	Net weight (in kilos)	Shipping marks	Vessel	Destination
Brazil	02-08-607	20. 10. 72	green	7,500	COMEXIM/ROUGE/FM-1	„MONTHOUJET“	Antwerp
Brazil	02-08-1730	22. 11. 72	green	60,000	(VOLKART) 8864/FRIELE 13/14/5 UU/BERGEN	„ANA LUISA“	Bergen
Brazil	02-08-1731	22. 11. 72	green	60,000	(VOLKART) 8809 FRIELE 13/14/5 TT/BERGEN	„ANA LUISA“	Bergen
Brazil	02-08-1732	22. 11. 72	green	120,000	(VOLKART) 8809 FRIELE 13/14/5	„ANA LUISA“	Bergen
Brazil	02-09-694	21. 11. 72	green	30,000	BRAZILAND 359	„FLAMENGO“	Rotterdam
Zaire	04-01-4359	27. 9. 72	green	6,029	P. O. ZAIRE L. G. KIN/29 OCR 3843	„LUMUMBA“	Antwerp
CERTIFICATE OF TRANSIT							
Italy	59-02-3119	15. 6. 72	green	207	LAVADO MATAGALPA SHG HIGHLAND OROTUMA 102	„MASSIMO D'AMICO“	Genoa
CERTIFICATE OF RE-EXPORT							
Switzerland	65-01-54	15. 11. 72	soluble	1,650	F-851-KAFFEE	rail/lorry	Malmö

Die letzte Ungültigerklärung von Ursprungszeugnissen ist in BGBl. Nr. 139/1973 kundgemacht.

Kreisky

195.

ÜBEREINKOMMEN

zwischen dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und dem Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße

Der Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und das Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen sind übereingekommen, daß das Übereinkommen vom 5. Februar 1968 zwischen dem Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich und dem Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße¹⁾ mit Ablauf des 14. April 1973 außer Kraft tritt.

Geschehen in Wien, am 28. März 1973, in je zweifacher Ausfertigung in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für den Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich:

Dr. A. Philipp m. p.

Für das Verkehrsministerium der Volksrepublik Polen:

Choljek m. p.

POROZUMIENIE

między Związkowym Ministrem Finansów Republiki Austrii a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie opłat od międzynarodowego przewozu drogowego ładunków

Związkowy Minister Finansów Republiki Austrii i Ministerstwo Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej uzgadniają, że Porozumienie z dnia 5 lutego 1968 roku między Związkowym Ministerstwem Finansów Republiki Austrii a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie opłat od międzynarodowego przewozu drogowego ładunków traci swą moc z upływem dnia 14 kwietnia 1973 roku.

Sporządzono w Wiedniu, dnia 28 marca 1973 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty są jednakowo autentyczne.

Za Związkowego Ministra Finansów Republiki Austrii:

Dr. A. Philipp m. p.

Za Ministerstwo Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej:

Choljek m. p.

Kreisky

¹⁾ Kundgemacht unter BGBl. Nr. 123/1968



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 234.—, inklusive Umsatzsteuer, für Inlands- und S 304.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 40 g + 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 + 8% Umsatzsteuer für das Stück, in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, 1037 Wien, Rennweg 12 a, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.